

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919**

23.9.1919 (No. 222)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptgeschäftsführer  
E. A. Menck  
Druck  
und Verlag:  
G. Braunsche  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 A 15 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Bestellgeld 5 A 90 P — Einzelnummer 10 P — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 30 P zuzüglich 30 % Zuerstauszahlung. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerehebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontokorrentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Währungsänderung, Betriebsänderung im eigenen Betriebe oder in denen anderer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Zum Empfang der Kriegsgefangenen.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat an die Direktionen der staatlichen Unterrichtsanstalten folgenden Erlaß gerichtet:

Beim Empfang unserer aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Kriegsteilnehmer, deren Lebenszeit nunmehr das von der Regierung mit allen Mitteln erstrebte und von allen Volksgenossen heiß ersehnte Ende finden soll, halten wir eine Mitwirkung der Unterrichtsbehörden und Lehrer für dringend erwünscht und ersuchen daher die uns unterstehenden Behörden und Lehrer, sich an der Fürsorge für den Kriegsgefangenenempfang und an dem Empfang selbst in weitgehendster Weise im Benehmen mit den örtlichen Empfangsausschüssen und im Rahmen der örtlichen Vorkehrungen und Veranstaltungen zu beteiligen.

Wo die örtlichen Veranstaltungen es angezeigt erscheinen lassen, sollen auch die Studentenschaft und die älteren Schüler zur Betätigung und Mithilfe beim Empfang beigezogen und die letzteren gegebenenfalls vom Unterricht befreit werden.

#### Eine erfreuliche Kundgebung aus dem Überlinger Bezirk.

Am 19. September d. J. fand in Überlingen über die Frage der Beibehaltung der Zwangswirtschaft und der Erhöhung der Preise eine Besprechung statt, an der die Mitglieder des Kommunalverbandsausschusses, der Unterausschüsse, die Bürgermeister der Gemeinden des Bezirks, die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen, sonstige führende Persönlichkeiten aus landwirtschaftlichen Kreisen, Vertreter der Verbraucher, die Presse usw. im ganzen über 100 Personen, teilnahmen. Den einleitenden Vortrag hatte der Geschäftsführer der Getreideabgabengesellschaft Konstantin Band und Überlinger Direktor Fagnoul von Madolszell übernommen. Die Aussprache war äußerst reger, zum Schluß der Versammlung wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

In Überlingen versammelte Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen, der Landwirte und Bürgermeister aus sämtlichen Gemeinden des Bezirks erklären in Würdigung der ersten Ernährungslage alles aufzubieten, um das Brotgetreide und die übrigen der Zwangsbeziehung unterliegenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse der öffentlichen Wirtschaftung zuzuführen. Die vorläufige Beibehaltung der Zwangswirtschaft des Getreides erkennen sie als notwendiges Übel an und beurteilen alle gewaltsamen Mittel zur Aufhebung derselben.

#### Die dienstlichen Verhältnisse der mittleren Verwaltungsbeamten.

Die schon bei einigen Bezirksamtern bestehende Übung, einzelne Dienstgeschäfte den mittleren (Rechnungs- und Sekretariats-) Beamten zur selbständigen Bearbeitung (einschließlich der Unterschriftbefugnis) zu übertragen, soll künftig größere Ausdehnung finden. Es dürften sich hierzu folgende Geschäfte eignen:

1. Das gesamte Paß- und Einwohnermeldebüro, soweit nicht die Ausweise, Pässe usw. zu versagen sind;
2. Die Ausstellung von Gewerbelegitimationskarten, Wandererwerbsscheinen, Abfahrtskarten und Fischerkarten;
3. Aufnahme von Anträgen und Bescheidwerden in Polizeistrafverfahren, Strafvollzug, Schubwesen;
4. Ausstellung von Aufenthaltserlaubnissen, Bescheinigungen über Gewerbesanfragen, Arbeitsbüchern, Führerscheinen für Kraftwagenführer, Zulassungsbescheinigungen für Kraftfahrzeuge, Reumundzungen; 5. Erhebungen in Unterhaltungs-, gewerbe- und baupolizeilichen Sachen; 6. Angelegenheiten der Arbeiterversicherung; 7. Feuerlösch-, Feuerversicherung; 8. Rentenwesen; 9. Statistik; 10. Paß- und Gewichtsprüfung; 11. Hundesachen.

Allerdings müssen solche Fälle, die rechtlich nicht einfach gelagert oder die von allgemeiner oder grundsätzlicher Bedeutung sind, dem Amtsvorstand oder dem zuständigen Abteilungs Vorstand zur Entscheidung vorgelegt werden.

#### Die Ausnutzung der Wasserkraft des Oberrheins.

Von Stadtrechnungsrat Emil Pfeiff, Karlsruhe.

Wäcker haben ihr Schicksal, wie die Menschen. Bei beiden ist es mit Sicherheit nicht vorausbestimmbar. Viele Werke, von denen sich Verfasser und Verleger große Erfolge versprechen, verlöschen wie Sternschnuppen. Andere Wäcker bleiben, wider Erwarten, lange Zeit im Vordergrund des öffentlichen Interesses, oder erlangen aus Gründen, die nicht voraussehen werden, eine Bedeutung, die sich weit über die Grenzen erstreckt, die ihnen von vornherein gezogen zu sein schienen. Zu diesen unter einem glücklichen Stern geborenen Wäcker zähle ich die vor Jahresfrist im G. Braunschen Verlage erschienene Arbeit von Dr. Heinrich Dröse über „Die Ausnutzung der Wasserkraft des Oberrheins“. Der Umstand, der dieser Arbeit eine die fachwissenschaftliche übersteigende aktuell-politische Bedeutung verschafft hat, ist der durch den

unglücklichen Ausgang des Weltkrieges, durch den Friedensvertrag von Versailles den Franzosen gesicherte, revolutionisierende Einfluß der Franzosen auf die Verwertung der ober-rheinischen Wasserkraft.

Die Arbeit von Dr. Heinrich Dröse behandelt im wesentlichen zwei Fragen: Die Schiffbarmachung des Oberrheins und die Ausnutzung seiner Wassermassen zur Erzeugung elektrischer Kraft. Die klaren Ausführungen sind auf der bei dem Entwurf der Arbeit nach selbstverständlichen und richtigen Grundlage aufgebaut, daß die beiden Fragen vorwiegend innerdeutsche Angelegenheiten seien. Der Friedensvertrag von Versailles hat diese Grundlage mit wenigen Federstrichen vollständig verändert. Für die Strecke Straßburg—Basel gibt es keine Frage der Schiffbarmachung des Oberrheins mehr. Und die Ausnutzung seiner Wassermassen zur Erzeugung elektrischer Kraft ist Deutschland gegen ein Ertragsgeld vollständig aus der Hand genommen worden. Trotz dieser Wendung behalten die Ausführungen von Dr. Heinrich Dröse große Bedeutung. Was sie an praktischem Werte verloren, haben sie an geschichtlichem und ideellem gewonnen. Sie können manchen lehren, was wir politisch und wirtschaftlich hingeben mußten, sie können unserem Volke zeigen, daß ihm der Weltbrand Vorräte und Kräfte zerstört hat, die nur durch lange, zähe Arbeit der Gesamtheit in der einen oder anderen Form wieder gewonnen werden können. Besonders um dieser Erkenntnis willen empfehle ich die Arbeit von Dr. Heinrich Dröse allen denen, die bestrebt sind, wahrhaft sozial zu sein, denen das Wohl des Volkes über das der Persönlichkeit geht, auch wenn es die eigene ist.

Wie ich in einer Besprechung der Arbeit von Dr. Heinrich Dröse an einer anderen Stelle hervorgehoben habe, widerstrebt es mir, ein zu besprechendes Buch sozusagen durchzuzeichnen. Schönheitsfehler entdeckt ein Kenner an jedem Bild. Auf diese Fehler eines neuen Werkes in Tageszeitungen hinzuweisen, scheint mir nicht der richtige Gebrauch von dieser Stimme der öffentlichen Meinung zu sein. Ich erlaube deren Aufgabe vor allem darin, auf die Neuheiten des Büchermarktes überhaupt aufmerksam zu machen, von ihnen, die doch bereits ein Stück Vergangenheit darstellen, Verbindungsgrößen zur Gegenwart zu ziehen, sie mit den Forderungen, Bedürfnissen und Stimmungen des Tages in unmittelbare Beziehung zu bringen, durch Rück-, Um- und Ausblick neue Werte zu schaffen, die Arbeit des Verfassers fortzusetzen.

Zu den Tagesfragen gehört ohne Zweifel die Frage nach der politisch-diplomatischen Schuld am Kriege und nach der Ursache des politisch-militärischen Unterliegens der Zentralmächte, denn die Tageszeitungen werden nicht müde, immer von neuem darauf zurückzukommen. Mir dünkt, es kommt auch einmal die Zeit, in welcher der Grund der harten wirtschaftlichen Friedensbedingungen zur Tagesfrage wird, in der man im besonderen verantwortlich prüft und wägt, warum die „alliierten und assoziierten“ Mächte Deutschland, den westdeutschen Ländern wie dem Deutschen Reich, uralte, natürliche Rechte auf die Wasserkraft des Oberrheins gewaltsam entzogen haben. Ich habe keine Veranlassung, den Eintritt dieser Zeit zu verkümmern. Sie wird sicher kommen, wenn der Druck der wirtschaftlichen Wirkung des Friedensvertrages dem deutschen Volke deutlich fühlbar wird. Nahe scheint diese Zeit schon zu sein, denn wie bei der Untersuchung der politisch-diplomatischen und der politisch-militärischen Sünden wird ihre Klärung bereits mit „Enttüllungen“ eingeleitet. Wenn ich vollständig unterrichtet bin, galt die erste Enttüllung den Beziehungen der Schweiz zum Oberrhein, die Dr. Heinrich Dröse in seiner Arbeit an verschiedenen Stellen bis zum Stand im Jahre 1918 ausführlich behandelt hat. Die erste Enttüllung vorgenommen zu haben, können sich die „Basler Nachrichten“ rühmen, denn in einem Leitartikel vom 13. Juli, der unter tiefen Vorbeugungen gegen Frankreich und unter schmerzenden Fußtritten gegen Deutschland mit unrichtigen und ungenauen Behauptungen für einen linksrheinischen Seitenkanal von Basel nach Straßburg in der Schweiz Stimmung zu machen sucht, veröffentlichten sie Teile einer geheimen Niederschrift über eine deutsche Regierungsbefragung, die ihnen offenbar von eltsässisch-französischer Seite zur Verfügung gestellt wurden. Sogleich bilden diese Enttüllungen eine bemerkenswerte Ergänzung der Arbeit von Dr. Heinrich Dröse über die praktische Lösung der Oberrheinfragen, und deshalb, nicht wegen ihrer überholten iottischen Bedeutung sei erwähnt, daß hiernach sich die bezeichnete Befragung um drei Punkte drehte, um die Beteiligung der Schweiz an der Schiffbarmachung und Ausnutzung des Oberrheins sowie an den Kosten dieser Arbeiten, um die Bestimmung des Zeitpunktes der Zulassung der

Schweiz zur Mitarbeit und schließlich um die Stellung Deutschlands zu dem Verlangen der Schweiz, unter die Vertragsstaaten aufgenommen zu werden. Wenn der Inhalt der Befragung richtig wiedergegeben ist, sagte über den ersten Punkt ein preußischer Regierungsvertreter, nach Herbeiführung einer Einigung der deutschen Staaten werde der nächste Schritt sein müssen, an die Schweiz wegen ihrer Beteiligung, insbesondere auch an den Kosten, heranzutreten; dies sei um so wichtiger, weil damit von vornherein zum Ausdruck gebracht werde, daß das Unternehmen gerade auch im Interesse der Schweiz liege. Aber die Beteiligung der Schweiz im allgemeinen fiel von diplomatischer Seite das Wort, jedenfalls empfehle es sich, es der Schweiz nicht leicht zu machen und ihre Beteiligung im Entwurf der Arbeit zunächst nicht zu erwähnen. Und zu dem letzten Punkt hob ein anderer preußischer Regierungsvertreter hervor, daß sich die Aufnahme der Schweiz in die Rheinschiffahrtsakte nicht empfehle, da schon die Beteiligung Hollands sich als sehr lästig erwiesen habe. Die erste Auffassung halte ich auch jetzt für recht und billig. Wenn die Basler Nachrichten glauben, nach der französischen Absicht werde die schweizerische Schiffahrt einen Kanal von den Dimensionen des Panamakanals erhalten, ohne irgendwie zu den Kosten beigezogen zu werden, so irren sie sicherlich. Die zu erwartende Abhängigkeit wird bestimmt politisch wie wirtschaftlich eine schwer zu tragende Last werden. Die beiden anderen deutschen Anschauungen waren nach meiner Meinung bedauerlich kurzschichtig. Ich hätte für richtiger gehalten, mit der Schweiz vertrauensvoll zusammen zu arbeiten, den weltwirtschaftlich wichtigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen in offener Arbeit gemeinsam zu suchen. Ich freue mich, daß Dr. Heinrich Dröse der gleichen Ansicht war, denn er schreibt: „Jedenfalls ist das Interesse der Schweiz an der Oberrheinfraage so groß, daß Billigkeitsgründe dafür sprechen, sie zu den Beratungen über die zu treffenden Vorkehrungen mit heranzuziehen und eine Lösung der Frage zu suchen, die auch den Interessen der Schweiz entgegenkommt, wenn auch formaljuristische Gründe dafür nicht vorliegen.“

Die Tagesfrage des Oberrheinsproblems ist nach meiner Ansicht nicht mehr wie vor dem Zusammenbruch Deutschlands die, ob die Stromstrecke Basel—Straßburg unterbaut bleiben oder zur Kraftgewinnung und Schiffbarmachung kanalisiert werden soll, sondern in welcher Weise der linksrheinische Seitenkanal auszuführen ist. Diese Aufgabe anzuerkennen mag uns als Deutsche, und ganz besonders als Badener, sehr schwer fallen, weil sie uns zwingt, alten, lieb gewordenen Gedanken und Plänen, viel versprechenden, großzügigen Projekten wohl für immer zu entsagen. Allein wehren müssen wir uns dabei, einer naheliegenden, müden Resignation zu verfallen. Auftrichten müssen wir uns vielmehr an der Erkenntnis, je eher es uns gelingt, uns auf den Boden der Wirklichkeit zu stellen, je eifriger und zielbewusster wir den noch möglichen Einfluß auf die endgültige Gestaltung der Dinge geltend zu machen beginnen, desto mehr können wir für unser Volk, für Verkehr und Wirtschaft noch von dem retten, was überhaupt zu retten ist. Grundsätzlich der Bewertung der Wasserkraft des Oberrheins decken sich unsere Bedürfnisse offensichtlich vollständig mit den französischen, soweit es sich um das Maß der Ausnutzung der Energie des fließenden Wassers handelt. Beiden Staaten muß daran gelegen sein, daß diese Ausnutzung im höchstmöglichen Umfang erfolgt. Nach Artikel 358 des Friedensvertrages von Versailles hat Frankreich die Hälfte des Ertrags an elektrischer Kraft an Deutschland in bar oder in natura zu überlassen. Mit der gesamten gewonnenen Energiemenge wächst sonach auch der deutsche Anspruch. Die Interessen Deutschlands und Frankreichs trennen sich, sobald die Verteilung der erzeugten Kraft beginnt, bei der Deutschland den größten Wert auf eine eher wachsende, denn fallende Zuweisung in natura legen muß, während Frankreich naturgemäß erstreben wird, einen möglichst großen Teil der Kraft in den Dienst seiner eigenen Wirtschaft zu stellen. Ein Ausgleich dieser sich widersprechenden Interessen ist nur durch eine Verständigung zu erreichen, die nach meiner Ansicht für uns deutsche, besonders für uns Badener, nicht früh genug eingeleitet werden kann.

Die Wünsche, die Deutschland mit Rücksicht auf die Schiffbarmachung des linksrheinischen Seitenkanals zu stellen hat, sind keine Sonderwünsche, haben vielmehr internationalen Charakter. Mit Holland und der Schweiz muß Deutschland erstreben, daß der Seitenkanal so angelegt wird, daß er der durchgehenden Großschiffahrt möglichst wenig Hindernisse bereitet, und daß sein Betrieb und seine Verwaltung nach Grundfragen erfolgen, die den technisch möglichen Verkehr nicht durch Betriebsvorschriften oder Verwaltungsmaßnahmen erschweren. Die deutschen Vertreter in der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt haben hier eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Sie können dabei, soweit der Bau des Seitenkanals in Frage kommt, an Vorgänge

antrüpfen, die schon früher die Zentralkommission beschäftigt haben, sie können dabei auf Verhandlungen verweisen, an welche die Basler Nachrichten in dem schon erwähnten Artikel erinnern. Schon 1906 wurde mündlich von der Zentralkommission über die Frage verhandelt, ob nach den Bestimmungen der Rheinschiffahrtsakte die Abzweigung eines Kanals vom offenen Rhein mit Errichtung eines Wehres im Rhein und einer Turbinenanlage mit Schleuse im Kanal als zulässig zu betrachten sei. Damals behielt sich der Bevollmächtigte für die Niederlande hierüber eine Erklärung seiner Regierung vor, die er in einer Sitzung der Zentralkommission im Jahre 1907 mit der Freistellung abgab, der Auffassung beizupflichten, daß die Bestimmungen der revidierten Rheinschiffahrtsakte der geplanten Anlage nicht entgegenstehen, unter dem Vorbehalt, daß geprüft und festgestellt werde, ob die geplanten künstlichen Anlagen und insbesondere auch die Wehr- und Schiffschleusenanlage der neuen Wasserstraße der Schifffahrt nicht hinderlich, sondern als ein vollwertiger Ersatz für die Schifffahrtsstraße im offenen Rhein anzusehen sei. Ich erachte für wohl möglich, wegen des neuen linksrheinischen Seitenkanals, der im Gegensatz zu dem angeführten, gescheiterten Projekt nun wirklich gebaut werden soll, zwischen Holland, der Schweiz und Deutschland eine ähnliche grundsätzliche Stellungnahme zu vereinbaren und etwaigen Widerständen zum Troste durchzusetzen, dem Worte von Sophokles getreu, das Dr. Heinrich Dröse seiner Arbeit vorangestellt hat: „Vieles Gewaltige lebt, und nichts ist gewaltiger als der Mensch.“

## Das Gymnasium und die neue Zeit.

Von Prof. Dr. Eugen Fehle.\*

Wenn die Kinder die ersten Volksschuljahre hinter sich haben, stehen viele Eltern voll Zweifel vor der Frage: auf welche höhere Schule schicken wir unser Kind, auf die Oberrealschule, aufs Realgymnasium oder Gymnasium? Dabei geben begrifflichweise die Rücksichten auf den späteren Beruf meist den Hauptausgangspunkt. Wenn man glaubt, schon in früher Jugend feststellen zu können, nach welcher Richtung die Begabung eines Kindes geht, wird sich die Schule oft leicht bestimmen lassen. Aber bei der Mehrzahl der Kinder läßt sich im Alter von etwa 10 Jahren kaum sicher sagen, wozu Neigung und Begabung sie später führen werden. Wohin schickt man diese Kinder? An mehreren Orten ist die Frage oft dadurch entschieden, daß man sie an Schulen schickt, die am Ort sind, obwohl das vielfach kurzfristig ist und später bereut wird. Doch in größeren Städten, wo Schulen verschiedener Art neben einander bestehen? Da kann man oft die wunderbarsten Ansichten hören. Vor mehreren Jahren klagte ein junger Mann aus den ersten Kreisen Heidelbergs, als er aus einem belgischen Seebad zurückkam, über das Gymnasium. Er sei mit Engländern zusammengekommen und habe kein Wort englisch mit ihnen reden können. Da sei ihm mit Beschämung klar geworden, daß er lieber englisch, statt griechisch gelernt hätte. Ich fragte ihn, ob denn die Engländer versucht hätten, mit ihm deutsch zu reden. Aber eine solche Zumutung hatte er den Engländern auch nicht mit einem Gedanken gemacht. Er zog aus allem nur den Schluß, daß das Gymnasium eine unzureichende Bildungstätte sei. Wie aber der Fall auch klingen mag, er ist nicht vereinzelte, wenn auch nicht immer mit solcher Mißbilligung verbunden.

„Englisch und Französisch kann man im Leben brauchen, aber Griechisch und Lateinisch sind tote Sprachen, die praktisch nichts mehr bedeuten.“ So etwa lautet der Grundsatz, der bei vielen Eltern die Entscheidung bringt. Für solche, die bisher mit dem „Einjährigen“ ihre Schulbildung abgeschlossen haben, wird man diesem Grundsatz begreiflich finden. Wie aber, wenn der

\* Wir drucken diesen Beitrag gerne ab, da er geeignet ist, neues Material zur Klärung einer besonders wichtigen Schulfrage zu bieten, und da wir alle Anschauungen hier das Wort erteilen möchten. Red.

Schüler nachher studieren soll? Da ist, abgesehen von Gründen der Erziehung und Weltanschauung, nur aus rein praktischen Rücksichten für Philologen jeder Art, Anglisten, Romanisten, Germanisten, vergleichende Sprachwissenschaftler, Klassische Philologen, Historiker und zwar für alle wie neue Geschichte und für Theologen das Gymnasium unbestreitbar die beste Vorbereitungsschule. Heute kann allerdings jeder Abiturient einer Oberrealschule, eines Realgymnasiums oder Gymnasiums all diese Fächer studieren; er muß das Fehlende nur nachholen. „Das ist mehr eine Formalität“, war manchem Oberrealschüler gesagt worden, und er suchte nachher auf seinen Lehren, der ihn so getäuscht hatte, wenn er auf der Universität merkte, daß es sich nicht nur um eine Formalität handle, sondern daß er wirklich Latein lernen müsse und sich mit den Elementarkenntnissen herumschlagen habe, während sich seine Kommilitonen vom Gymnasium unbehelligt ihrem Studium widmen können. Daß durch das „Nachholen“ auf der Universität keine Gymnasialbildung ersetzt wird, braucht man einem Einsichtigen nicht zu sagen. Doch hier soll die Frage nur von ganz äußerlich praktischen Gesichtspunkten aus besprochen werden. Aber auch so bleibt es bei all dem Nachholen auf der Universität abgesehen von ganz fleißigen und Begabten im allgemeinen doch nur bei einer unbefriedigenden Stümperei. Am schlimmsten ist der Oberrealschulabiturient als Theologe dran, wenn er nach Vorlesungen studieren muß, wie sie z. B. für die Universität Heidelberg gelten: er lernt auf der Universität Hebräisch, Griechisch und Latein und legt nach und nach die Prüfung in diesen drei Sprachen ab. Einstweilen ist aber, wenn der Student nicht einige Semester zugeben kann, die Zeit gekommen, wo er fürs Examen pauken muß. Zum vernünftigen Studium kommt er also überhaupt kaum. Daß dies „Studium“ kein beneidenswertes Los ist, wird jeder zugeben, der es mitgemacht hat. Ich habe schon aus dem Munde manches Oberrealschulabiturienten, der sich als Philologe oder Theologe auf der Universität mit Erwerb der Elementarkenntnisse in den alien Sprachen plagen mußte, gehört: „Meine Rufen sollen ein die Plagerei nicht mitmachen. Die müssen aufs Gymnasium.“

Oder soll man Griechisch und Lateinisch an der Universität abschaffen? Dann müßten wir überhaupt unsere Wissenschaft abschaffen. Erst kürzlich ist es von Männern der verschiedenen Berufe bezeugt worden, welch wertvolle Anregungen und Bereicherungen ihres Innenlebens, nicht nur ihres Wissens sie dem Gymnasium verdanken. Die Ausführungen sind gesammelt in einem von Teubner in Leipzig herausgegebenen Buch: „Das Gymnasium und die neue Zeit. Fürsprachen und Forderungen für seine Erhaltung und seine Zukunft 1919.“ Dies Buch vereinigt „in längeren Darlegungen und kürzeren Äußerungen beruener Fürsprecher aus allen Kreisen und Arbeitsgebieten, vor allem auch von Männern des praktischen Lebens, von Vertretern der technischen Berufe, der Künste, der juristischen, medizinischen wie der Naturwissenschaften, was sich über Bedeutung der Antike und der Altertumswissenschaft, der humanistischen Bildung und des Gymnasiums für die künftige Gestaltung unseres Volkslebens, vor allem auch über die grundlegende Bedeutung des Griechischen und die Unerläßlichkeit seiner Erhaltung als Herzstück des Gymnasiums etwa sagen läßt.“ Unter den Verfassern seien nur einige beliebig herausgegriffen, die nicht im Verdacht stehen, schon ihrem Beruf nach für das Gymnasium vorzulegen, sondern die sich für die Sache des Gymnasiums einsetzen: Max Weber, Ernst Troeltsch, L. Corinck, Walter Rathenau, die Germanisten Roethe und Siebs, die neuere Historiker Lampe und Nardis, der Direktor der Heidelberger Anatomie Prof. Wraus, der Spielleiter und Darsteller am Deutschen Theater in Berlin, Ferdinand Gregori, die Neuphilologen Prof. Hofmiller und Worsbach, der Dipl.-Ingenieur und Direktor der Berliner Aktiengesellschaft für Eisengießerei und Maschinenfabrikation H. Jonas, der Direktor der Bayerischen Handelsbank Frhr. von Pechmann. Wer sich wirklich ein Urteil über das Gymnasium und seinen Wert bilden will, findet hier Äußerungen, die gewiß nicht einseitig parteiisch genannt werden können. Aus all den Darlegungen ist klar, daß das Gymnasium rein praktisch und vom höheren

erzieherischen Standpunkt aus betrachtet für uns viel wertvoller ist als die meisten Leute ahnen. Denn wie in vielen andern Lebensfragen entscheidet sich die große Menge ohne selbständige Meinung nach dem Urteil einiger Wenigen, die ihre Ansicht oft mit ein paar oberflächlichen Schlagworten zu bekräftigen suchen. Man soll nur mal Einzelfälle sammeln, um zu sehen, wie entschieden wird, welche höhere Lehranstalt ein Kind besuchen soll!

Es wäre auch merkwürdig, wenn das Gymnasium so geringe Bedeutung für uns haben sollte, wie man bisweilen dazumill. Denn unsere Kultur ist in fast all ihren Äußerungen mit dem griechischen und römischen Altertum verflochten. Dort war die Wiege für die ganze europäische und damit auch für unsere Kultur. Von diesem Jungbrunnen können wir uns nicht trennen, wenn wir nicht Bananen werden wollen und fähig bleiben wollen, uns weiter zu entwickeln. Um diesen Zusammenhang mit dem Altertum von allen Seiten beleuchten zu lassen, hat der Teubner'sche Verlag soeben ein Buch herausgegeben mit dem Titel: „Rom Altertum zur Gegenwart. Die Kulturzusammenhänge in den Hauptsprachen und auf den Hauptgebieten.“ In einzelnen Stücken wird hier der Zusammenhang des Altertums mit der Gegenwart auf dem Gebiete der Religion, der Kunst, des Rechts, der Sprache, Literatur, Philosophie, Mathematik, Astronomie, Geographie, Technik, Biologie, Chemie, Medizin dargelegt und in großen Linien gezeichnet, wie die Fäden von dort zu uns gehen. Kaum sind diese Zusammenhänge bisher in einem Werk von so verschiedenen Seiten beleuchtet worden. Wer sie überfliehet, wird einsehen, daß diese Verbindungen nicht abgerissen werden dürfen, wenn unsere Kultur weiter gedeihen soll. Und dies in unserer Zeit am allerwenigsten! Werner Jäger hebt in dem genannten Werke treffend hervor, daß gerade die Perioden, die als Weltentscheidungen aus der Ebene des historischen Geschehens hervortreten, die am bewußtesten ihr eigenes Sein in ihrem Schaffen verkörpern, und alles, was bloße Tradition heißt, abzustößen versuchen, die Zeitalter der Wiedererweckung des Altertums und der großen Renaissance gewesen sind. Bei der Neugestaltung unserer Verhältnisse muß das deutsche Volk darauf bedacht sein, daß wir nicht in engstirnigem Chauvinismus und von zu kurzfristigem Nützlichkeitsstandpunkt aus die Ideale verstoßen, die bei jedem Neuanbruch einer großen Zeit dem Deutschen zu wahrer Freiheit vorangeleuchtet haben. Und solche Ideale übermitteln uns das Gymnasium und der Verkehr mit dem Altertum.

## Politische Neuigkeiten.

### D'Annunzio in Fiume.

Vern, 22. Sept. Admiral Cagni hat im letzten Augenblick, nachdem schon ein Sonderzug zur Abreise für ihn bereitgestellt war, die Übernahme des Kommandos über die gegen Fiume operierenden Streitkräfte abgelehnt. Als Grund wird gemeldet, daß es sich nicht um eine einfache militärische Mission, die er als Soldat hätte übernehmen müssen, sondern um eine politische Aktion gehandelt hätte, für die nach seiner Überzeugung jede Möglichkeit des Scheiterns fehle. Die Blätter deuten an, daß General Baboglio auf seine Frage an die Regierung über das endgültige Schicksal Fiumes eine ausweichende Antwort erhalten habe, und daß diese Unsicherheit der Lage vielleicht auch eine stille Abweisung gegen Volksgewalt anwenden zu müssen, Cagni zu seiner Weigerung veranlaßt habe.

Die Lage wird für die Regierung immer verwickelter. Angesichts der Stimmung des Volkes und Heeres ist anzunehmen, daß sie energische Maßnahmen kaum ergreift. Andererseits wird sie von den Offizieren der jetzt von Fiume abziehenden englischen Besatzungstruppen des geheimen Einverständnisses mit D'Annunzio beschuldigt, was auf die Haltung der sonst einer Annullation Fiumes durch Italien ansehend nicht unfeindlich gegenüberstehenden Regierungen Englands und Frankreichs einen ungünstigen Einfluß ausübt. Die Dynamik der Regierung zeigt sich auch in den Sabotagemassnahmen bei der Blockade Fiumes.

„Corriere della Sera“ wendet sich heute wieder gegen die Bestrebungen der militaristischen und nationalistischen Kreise.

## Dantons Tod.

Bruno Schönfeld, der neue Dramaturg unseres Landestheaters, hat für die kommende Saison einen Zyklus dramatischer Vorlesungen angekündigt und tritt somit auch auf diesem Gebiet das Erbe seines Vorgängers an. Aber während Herr Dr. Roennede das Schwerkgewicht seiner Vorträge auf eine Analyse der behandelten Dichter und Dramen legte und seine Rezitationen sich auf verhältnismäßig kurze Proben beschränkten, stellt Herr Schönfeld das lebendige Werk selbst in den Mittelpunkt und baut es Akt um Akt vor uns auf. Wir empfangen einen unmittelbaren lebendigen Eindruck der Gesamtschöpfung, ein viel klareres Bild des dichterischen Wertes, als uns eine noch so eingehende ästhetische Würdigung geben kann. Und wenn Herr Schönfeld — wie es seine Pflicht ist — seinen Rezipienten in Zukunft eine kurze Charakteristik vorausschicken wird, die den Hörer über das Wesentliche der Dichtung kurz orientiert, dann werden seine Vorlesungen zweifelslos eine höchst genutzreiche und das Verständnis fördernde Einführung in die moderne dramatische Literatur darstellen.

Herr Schönfeld eröffnete seinen Zyklus am Montag abend im Zintrauchsaal mit der Rezitation von Georg Büchners Revolutionsdrama „Dantons Tod“, das er schon im vergangenen Winter mit so großem Erfolg zum Vortrag gebracht hat. Georg Büchner, der systematisch totgeschwiegen wurde, ist unsern größten Dramatikern ebenbürtig. „Dantons Tod“ ist ein Meisterwerk. In grandiosen Szenen ist ein packender Ausschnitt aus der französischen Revolution festgehalten. Herr Schönfeld brachte die gewaltige Schöpfung wieder in meisterhafter Verlebendigung zur Wiedergabe. Wieder waren die Hauptcharaktere plastisch herausgemittelt, die Massenszenen, von einem graufigen, fatespeerschen Humor erfüllt, mit packender Macht aufgebaut. Alle Stimmungen wühlte seine Vortragskunst vor uns hinzuzugreifen. Ingegendacht vermochte sein modulationsfähiges Organ bis zum Schluß alle Steigerungen mit feurigem Temperament durchzuführen. Das zahlreiche Publikum spendete dem Künstler am Schluß begeisterten Beifall.

## Landestheater.

Im Landestheater ist zur Zeit „Parzifal“ die Lösung des Tages. Wen sein Morgenweg zum westlichen Schloßplatz führt, kann sich nach Wahrheit versetzt glauben. Gralsklänge tönen aus allen Proberäumen, auf dem Vorplatz lagern die Angetimere der Tempelstufen, seltsam gefaltete Blumenstübe werden von fleißigen Händen vom Magazin zur Bühne getragen. In Gruppen harren die Mitwirkenden der Hauptprobe. „Arbeitsbernst und Arbeitsfreude“ auf allen Jügen. Eifrigst werden künstlerische Fragen erörtert. In Wahrheit wird dieses „so“ gemacht, in München „so“! Jeder Wissende und welcher Künstler wäre es nicht? und auch die älteren Bühnenarbeiter, die vor Jahren in Wahrheit mitgeschafft haben, alle wollen ihr Bestes zum großen Werk beitragen.

Ein Teil der Sorgen betrifft auch die Hörschaft: Wird sie pünktlich zur Stelle sein? Was geschieht mit den ganz unverbesserlichen Nachzügler? An das Vorspiel schließen sich unmittelbar die Gralsopern. Dürfen so heilige Klänge durch Mißverständnisse Einzelner gestört werden? Immermehr. Alles ist einig, wer beim „Parzifal“ zu spät kommt, bleibt vom ganzen ersten Aufzuge ausgeschlossen! Und um am Schluß des Wertes ähnliche Störungen durch notgedrungene Frühauflöser, die vielleicht eine Jugoverantwortung befürchten müßten, zu vermeiden, hat die Intendanz auch den Beginn der Wochen- und Tagesaufführungen auf 1/2 Uhr angelegt. Die Spielbauer des ganzen Wertes beträgt 5 Stunden, von denen eine halbe auf die erste, 20 Minuten auf die zweite Pause fallen. Also ist der Schluß mit Sicherheit auf spätestens 1/10 vorzusagen.

Und noch in einem anderen Punkte einmütig, richtet die ganze Künstlergarbe an die verehrlichen Hörer die Bitte, den sonst so freundlich gesendeten Beifall nach den Aufschlüssen des Bühnenweihfestspiels unterlassen zu wollen. Einmal über der heiligen Handlung geschlossen, wird der Vorhang sich keinesfalls den üblichen Dankesberneigungen öffnen.

## Büchertisch.

Joachim Delbrück: Spiel in Moll, ein Chopin-Roman. (Preis 6 Mark, Verlag Ullstein & Co., Berlin.) Mit andächtigster Kennerhaftigkeit führt Delbrück's Roman durch dieses unsterbliche Künstlerleben, durch seine glanzvollen äußeren Erfolge und über die inneren Erschütterungen seiner arten, großen Seele bis zum vorzeitigen Tod in Paris. Dichterische Nachbildungen von Kompositionen Chopins weben in das Innerste seiner sanften Phantasien ein, und in Szenen, die den farbigen Reiz delikater Gemälde haben, ersticht das romantische Europa.

Stefan Grohmann: Die Partei. (Verlag Ullstein & Co., Berlin. Preis 6 Mark.) — Die heiße Luft des politischen Kampfes erfüllt diesen Roman Stefan Grohmanns. Seine Umwelt ist die Wiege der Arbeiterbewegung in der Zeit der österreichischen Wahlreform. Er schildert die Partei da, wo sie zu großen Aktionen mächtig einsetzt, und auch das nervenregende Getriebe der kleinen Tageskämpfe. Volksversammlungen, Redaktionsstiftungen, Komiteeberatungen sind von einem scharfen Beobachter geschaut, und in dieser Dampfsphäre vollziehen sich Schicksale.

Ludwig Wiro. Das Haus Mollitor. (Verlag Ullstein & Co., Berlin. Preis 5 Mark.) Der Stoff des neuen Wertes von Wiro scheint der eines Kriminalromans; denn zweimal werden in dem Budapest Stadthaus der Mollitor, einer alten ungarischen Adelsfamilie von deutscher Herkunft, geheimnisvolle Verbrechen begangen. Arpad von Mollitor, der millionenreiche Greis, wird eines Mordes entsetzt in seinem Zimmer aufgefunden. Wenige Wochen darnach wird sein Erbe Jolán, der Abgeordnete, von demselben dunklen Schicksal ereilt. Aber diese äußeren Voraussetzungen dienen nur dazu, die innere Tragödie eines Geschlechts zu enthüllen, in dem Menschen einer finsternen Epoche und Menschen einer neuen Zeit, von Haß getrieben, einander gegenüberstehen. Die furchtbaren seelischen Erschütterungen des Kriegeslebens sind die Ursache der Scheidung. Durch Schmerz gequält und geläutert, reißt Gega und Agnes von Mollitor eine neue, bessere und gerechtere Menschheit heran. So wächst dieser Roman Wiros über die Nervenpannungen einer gut aufgebauten Kriminalerzählung hinaus zu einem ergreifenden Bilde der Herrlichkeit einer an den Wurzeln erkrankten Gesellschaft.

Das Blatt gibt zu, daß Mittis Haltung nicht einwandfrei sei. Es beschwört aber die Gegner der Regierung, von allen Ver- fassen, dem Lande eine Diktatur aufzuzwingen, abzusehen. Die italienische Regierung hat den Kommandanten der ach- ten Armee Robilant seines Postens enthoben, weil er nicht rechtzeitig Maßnahmen gegen den Handstreich auf Triume er- griff. An seine Stelle rückt Admiral Cagni. Immer neue Kreuzentelle treten zu d'Annunzio über. Trotz Blockade wer- den sie von venetianischen Häfen aus mit allem Nötigen ver- sorgt.

In einem Aufruf an die Venetianer, den „Corriere della Sera“ verbreitet, bezeichnet sich d'Annunzio als obersten Führer sämtlicher Truppen und Schiffe in Triume und fordert die Venetianer auf, sich ihm anzuschließen und das Joch der italienischen Regierung abzuschütteln. „Corriere della Sera“ beschwört d'Annunzio, von seinen Unternehmungen abzusehen, die zum Bürgerkrieg führen könnten. Die Parteileitung des Gewerkschaftsverbandes erklärt, die jetzigen Ereignisse seien eine Episode des großen Kampfes, den der italienische Mil- litarismus und die italienische Schwerindustrie zur Behauptung ihrer Stellung führen.

### Agrarische Drohungen.

In der „Täglichen Rundschau“ wird, wie wir dem „Volk- freund“ entnehmen, gegen die preussische Regierung unter schweren Drohungen Sturm gelaufen und der offene und or- ganisierte Widerstand getrieben. Wir lesen da: „Um ein Gegengewicht gegen die Proletarisierung der Ver- waltungsbehörden zu schaffen, haben sich Landwirte und auch sonst vaterländisch gesinnte Kreise zur Selbsthilfe entschlossen, indem sie ihrerseits für die politische Organisation Verwal- tungsbeamte anstellen, welche die Landräte alten Schlages zu ersetzen geeignet erscheinen.“

Die Landwirtschaft, schreibt das Blatt weiter, lehne die Mit- arbeit an dem neuen Staatswesen ab. Ganz besonders ver- höht scheint den Großagrarern aber die Absicht des Reichs- wirtschaftsministers Schmidt zu sein, „die Zwangswirtschaft zu vereinfachen“.

Aber der Ernährungsminister mag sich gesorgt sein lassen: er trägt die Hauptschuld, wenn die Erzeugung zurückgeht und ebenso die Ablieferung von Nahrungsmitteln. Dagegen wird lebhaft über die mangelnde Ablieferung von Brotgetreide ge- klagt. Die Frühdrucksprämie ist in neuem Gewande wieder- gegeben. Herr Schmidt wird aber, so lange er als Ernährungs- minister seines Amtes waldet, noch viele andere Überwachungen zu gewärtigen haben. Ihm wird klar gemacht werden, daß sich die Landwirtschaft von ihm nicht mehr nassführen lassen will, und daß, wenn er nicht belagert das Feld räumt, die Volk- ernährung den schwersten Gefahren ausgesetzt ist. Möge er, aber auch die Regierung sich warnen lassen!

Ganz unverhüllt wird hier damit gedroht, daß die norddeut- schen Agrarier das Volk hungern lassen wollen, wenn man ihrer ungelassen Sabotier und ihrem brutalen Nachthunger Schran- ken zieht.

### Kleine Nachrichten.

Verfaßtes, 22. Sept. Freiherr von Lersner unterzeichnete heute nachmittags 4 Uhr im Trianonpalast-Hotel in geschlossener Sitzung das mit den alliierten und assoziierten Regierungen vereinbarte Protokoll über Artikel 61 der Deutschen Reichs- verfassung. Auf Seiten der Alliierten unterzeichneten für Frankreich Votschaffer Jules Cambon, für England Sir Eyre Crowe, für Amerika Unterstaatssekretär Polk, für Italien Minister Scialoja, für Japan Votschaffer Matsumi.

Amsterdam, 22. Sept. „Allgemeines Handelsblatt“ bespricht das von Dr. Goop zusammengestellte Notbuch über die Vorge- schichte des Krieges. Das Blatt schreibt über Graf Werdtold, Graf Bergage und Mussolini, daß sich keiner dieser Männer Deutsch-Osterrreicher nennen dürfe. Graf Werdtold z. B. mit seinem deutschen Namen ist ein Fisch. Drei nicht Deutsch- Osterrreicher müsse es also in erster Linie zugeschrieben wer- den, daß Deutsch-Osterrreich zu einem Staate dritten oder nie- deren Ranges verkleinert werde, der nicht einmal imstande sein wird, für sich selbst zu sorgen und den Bewohnern Lasten aufzulegen, die für ihre ausgehungerten Körper zu schwer seien. Das Vorgehen Werdtolds zeugt von Leichtsinne, Faltschheit und Hinterlist gegenüber der Treue des Bundesgenossen. Nach den Enthüllungen von Dr. Goop könne man o. Wehmann-Gollweg und Jagow in einigen berichtigenden Punkten, wie die Ab- sendung des Ultimatum an Serbien und die Behandlung von Greys Vermittlungsangebot, nichts Unerhörtes vorwerfen, wohl aber eine Gutgläubigkeit, die man mit Recht als Leichtsinne und einseitige Dummheit bezeichnen kann.

Berlin, 23. Sept. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ weist den Bor- wurf zurück, daß die Veröffentlichung der deutschen Dokum- ente zur Vorgeschichte des Krieges, obwohl sie von Raubitz längst druckfertig gemacht seien, von der deutschen Regierung absichtlich verzögert werde. Die Veröffentlichung der deutschen Dokumente werde nicht nur durchaus vollständig und zuver- lässig sein, sondern auch mit aller möglichen Beschleunigung betrieben.

Böln, 21. Sept. Der „Böln. Ztg.“ wird aus Birkenfeld vom 18. Sept. geschrieben: Die Meldung, daß die Regierung Pö- ller wieder durch die alte Regierung ersetzt worden sei, ent- behrt jeder Grundlage. Die Kommission, die gestern von General Mangin empfangen wurde, ist inzwischen ohne Er- gebnis zurückgekehrt. Die nationale Regierung Pöller“ bleibt bis zu den vorgeschriebenen Neuwahlen am Ruder.

Dresden, 22. Sept. Die zwischen den Vertretern der Mehr- heitssozialisten und der Unabhängigen abgehaltenen Verhand- lungen haben zu einem Ergebnis geführt, das eine Regie- rungsbildung unter Mitwirkung der Unabhängigen wieder in den Bereich der Möglichkeit rückt. Das Resultat der Verhand- lungen wird zunächst noch geheim gehalten, wird aber morgen den beiderseitigen Parteileitungen zur Entscheidung vorgelegt werden. („Bad. Presse.“)

Braunschweig, 21. Sept. Bei den gestern in Braunschweig, Wolfenbüttel, Blankenburg, Helmstedt und Bad Harzburg vor- genommenen Magistratswahlen haben, wie die „Br. Landes- ztg.“ berichtet, die Unabhängigen eine gänzliche Niederlage erlitten. In der Stadt Braunschweig wurden die bisherigen Bürgerlichen gegen die Kandidaten der Unabhängigen mit über- wältigender Mehrheit gewählt. — Wie gemeldet wird, ist der „Volkfreund“, das Organ der braunschweigischen U.-Sozial- demokraten, in der vergangenen Nacht von den rechtimäßigen Eigentümern, den braunschweigischen Mehrheitssozialdemokra- ten, unter dem Schutz der Reichswehrtruppen wieder in Be- sitz genommen worden.

Berlin, 22. Sept. Unliebame Vorkommen in den letzten Tagen haben dem Reichswehrminister Veranlassung gegeben, den Truppenteilen das Vortragen von schwarz-weiß-roten Fahnen beim Marsch durch die Garnison zu verbieten.

Newyork, 22. Sept. Der sich über das ganze Land er- streckende allgemeine Stahlarbeiterstreik hat gestern um Mit- ternacht begonnen. Meldungen aus Pittsburg, Chicago, Cleveland und anderen Orten besagen, daß tausende von Ar-

beitern die Arbeit niedergelegt haben. Die Angaben über die Ausdehnung des Streiks lauten bisher noch widersprechend. Beispielsweise erklären in Pittsburg die Beamten der Gesell- schaft, daß die meisten Betriebsanlagen mit verringerten Ar- beitskräften arbeiten. Die Arbeiterführer dagegen erklären, daß der Streik in seiner ganzen Größe erst in zwei Tagen zur Geltung kommen werde.

### Badische Uebersicht.

#### Reichszentrale für Heimatdienst—Landes- Abteilung Baden.

Die Franzosen verstehen es ausgezeichnet, in der harmlose- sten Weise sich Personen dienbar zu machen. Viel und wie oft sind nicht schon ehrlöse, nichts Böses ahnende Deutsche den französischen Bestechungskünsten erlegen! Da wurde ein als unabhängiger Sozialist bekannter Arbeiterlofer von den Franzosen höflichst zu einer Besprechung eingeladen. Er ging hin und gewann die Überzeugung aus der Unterredung, daß die französische Verwaltung Kenntnis haben wolle von der Lage der Arbeitslosen, von dem Umfang der Arbeitslosigkeit und den getroffenen Fürsorgemaßnahmen der deutschen Ver- bände. Warum sollte er zögern, darüber Auskunft zu geben? „Machen Sie uns einen Bericht über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse in . . .“

„Gut, ich bin bereit.“

„Aber führen Sie auch an, daß die deutsche Regierung nicht sorgt für Lebensmittel im besetzten Gebiet.“

Der „Bericht“ wurde geliefert mit 200 Mark bezahlt. Der Berichtsteller, ein Arbeiter, dem die ökonomischen Kenn- nisse, die Vorbedingungen für die sachliche Beurteilung solcher Verhältnisse natürlich fehlen und der deshalb den Wert seiner Arbeit selbst nicht hoch einschätzte, sondern den Bericht nur als eine günstige Gelegenheit ansah, seinen Klassenossen zu nützen, war nicht wenig erstaunt über die noble Bezahlung. Als er dann gefragt wurde, ob er jemand kenne, der Spar- taktik sei, oder einen energischen Mann, der einen Rutsch (!) machen könne, da begriff er endlich, wozu er mißbraucht werden sollte, und die Aktion der Franzosen war fehlerlos.

Ein anderer Fall:

Ein journalistisch tätiger Sozialist geriet auf ähnliche Weise in Verbindung mit den Franzosen. Er liefert Berichte über die sozialistische Arbeiterbewegung. Da er als Politiker ersterer zu nehmen ist, erhält er 600 Mark für jeden Bericht. Ihm wurde angeschlossen, die Reichssozialisten für die Rheinische Republik zu gewinnen und zwar wurde ihm die Sache so dargestellt, als ob die U. S. B. bereits gewonnen sei und es im Interesse der Partei der Reichssozialisten liege, schnell zuzugreifen, den Unabhängigen abzuräumen und sie aus dem Felde zu schlagen.

Auch dafür haben die Franzosen ihr Geld umsonst aus- gegeben.

Ein dritter nicht ganz ungewöhnlicher Fall zeigt die Wir- kung französischer Überredungskunst an einem akademisch gebildeten deutschen Beamten, der von General Mangin empfan- gen wurde. Die freundliche Aufnahme, das an den Tag ge- legte wissenschaftliche Interesse, das Mangin an den Arbeiten des jungen Akademikers bezeugte, das Erstaunen darüber, daß eine solche wertvolle Kraft im deutschen Dienst so wenig zur Geltung komme, und die Erinnerung, er möchte seine Ansichten über die wirtschaftspolitische Lage doch in der Presse darlegen, benebelten die Sinne des Beamten derartig, daß er hinging und einen Hymnus auf die „glücklichen“ besetzten Her des Rheins sang, dessen Anmohner durch die Fürsorge der Franzosen so gut mit Lebensmitteln versorgt und durch die französischen Truppen vor spartakistischen Erzeissen geschützt seien.

Von einem befreundeten Redakteur zur Rede gestellt, gestand er ganz beschämt, daß er sich hat einfangen lassen, und freute sich, daß der Artikel wenigstens doch von einigen Zeitungen zurückerufen worden war.

Am 1. Oktober nimmt das Zentral- bureau für Meteorologie und Hydrographie in Karlsruhe die Veröffentlichung von Wetterkarten wieder auf. Da die neutralen Staaten und die Länder der Entente während des Krieges zur drastischen Ver- breiterung ihrer Wettermeldungen übergegangen sind, sodas durch den Landtelegraphen nur noch wenige Nachrichten über- mittelt werden, ist der deutsche öffentliche Wetterdienst in eine schwierige Lage geraten, die sich schon während des Krieges bei den verschiedensten militärischen Unternehmungen zu Luft, zu See und zu Lande sehr tödend bemerkbar machte. Da fast alle stärkekeren Wetteränderungen von Westeuropa heranziehen, mußte mangels telegraphischer Nachrichten aus Frank- reich und England eine einigermaßen rechtzeitige Vorausbe- stimmung des Wetters oft unmöglich werden. Es steht zu hoffen, daß es den deutschen Wetterwarten durch Errichtung eigener Radiostationen gelingt, der Schwierigkeiten Herr zu werden und das telegraphische Nachrichtenmaterial soweit zu ergänzen, daß die Treffsicherheit der Vorauslagen den Zwecken der Praxis genügt. Gute Wettervorauslagen, wenn auch nur für die nächsten 36 Stunden, sind für die Landwirtschaft gleichbedeutend mit einer Steigerung ihrer Erzeugungsfähig- keit.

Die Karlsruher Wetterkarten werden täglich mit den Mittagsblättern versandt. Beauftragten nimmt jedes Postamt entgegen (1. U. monatlich). Die Karten enthalten telegra- phische Wettermeldungen des In- und Auslandes von 8 Uhr morgens des Ausgabetages, dazu Wetterstandsberichte des Rheins, Sondermeldungen aus dem engeren badischen Be- obachtungsgebiet (Scharzwalde i. Schwarzwald), Schneebereiche und ein Gutachten über die Witterung des folgenden Tages. Jeder, der beruflich mehr oder weniger vom Wetter abhängt, sollte von dieser mit erheblichen staatlichen Mitteln geschaffenen Einrichtung Gebrauch machen.

Das für den Wetterartenverband von Karlsruhe aus un- günstig gelegene südliche Baden soll später eine eigene Wetter- dienstzweigstelle erhalten. Um den Bedürfnissen der wieder auslebenden Flugfahrt gerecht zu werden, ist die Errichtung von Pilot- und Registrierballonstationen in Baden ins Auge gefaßt, zunächst beim Zentralbureau in Karlsruhe und auf dem Feldberg i. Schwarzwald. Die Schwierigkeiten der Unter- bringung der Karlsruher Wetterkarte in einem geeigneten, frei gelegenen Gebäude, die in gegenwärtiger Zeit besonders groß sind, haben die Inbetriebnahme einer Pilotstation seit- her noch verzögert; doch besteht Aussicht, daß auch hierin bald eine Besserung sich wird erreichen lassen.

Um frostempfindliche landwirtschaftliche Produkte beim Ver- send in Baden oder nach außerbadischen Gebieten vor über- raschendem Frosteintritt nach Möglichkeit zu schützen und die betreffenden Firmen und Körperlichkeiten beim Versand zu be- raten, wird am 1. Oktober ein Frostwarnungsdienst eingerich- tet, der auch dem Neubau im Herbst und Frühling und den Flußschiffahrt nützlich sein kann. Die Frostwarnungen erfol- gen auf Antrag brieflich oder drastlich, je nach Wunsch des Bezüehers.

Den Zwecken des Wintersports dient ein Schneebereichs- dienst, der über die Schneebereiche und Sportmöglichkeiten

im Scharzwalde erspöndig Auskunft gibt. Auch die Höhen- warte Feldberg ist zur Abgabe von Schneebereichen bereit. Jede nähere Auskunft erteilt das Zentralbureau für Metro- logie und Hydrographie in Karlsruhe (Bad. Landeswetter- warte), Fernruf Karlsruhe Nr. 154, 237, 897.

### Badische Zeitungsstimmen.

„Koste-Koller“.

Unter dieser Überschrift gibt die „Mannheimer Volks- stime“ der Meinung Ausdruck, daß die „Karlsruher Ztg.“ in dem Eintreten für Roste zu weit und zu einseitig vorgehe. Ohne von unserm Standpunkt abzuweichen, geben wir den Ausführungen des genannten Blattes Raum, da sie zeigen, daß man innerhalb der Sozialdemokratie gewisse Vorgänge bei der Reichswehr sehr ernst beurteilt und sie im Gegensatz zu Roste als Beweise einer unmittelbaren Gefahr ansieht. Wir sind ebenfalls der Ansicht, daß jene Vorgänge mit allem Ernst betrachtet werden müssen; aber wir haben zu Roste und zu der großen Mehrheit unseres Volkes eben das Zutrauen, daß sie sich einer etwaigen Gefahr gewachsen zei- gen werden. Die Ausführungen der „Volksstimme“ lauten:

Wir wissen uns von jeder übertriebenen Voreingenom- menheit für oder gegen Roste frei, sind die letzten, die Ver- dienste zu verleugnen, die Roste um das deutsche Volk und, da das deutsche Volk zu neun Zehnteln aus Arbeitern besteht, in erster Linie um die Arbeiterschaft, sich erworben hat; die letz- ten, die Schwierigkeiten völliger Demokratisierung eines schnell zusammengetrommelten Söldnerheeres zu verstehen oder die Zwangsläufigkeit und Gebundenheit zu übersehen, die auch Roste zu manchem zwingt, was ihm selbst gegen die Strich gehen mag. Aber gerade, wenn man ihm selbst gegen die Strich gehen mag, aber gerade, wenn man diese Gebundenheit und diese Schwierigkeiten kennt, gerade dann ist es um so mehr Pflicht, Roste zum Kampfe gegen sie aufzuwecken, ihn nä- herhin zu diesem Kampfe zu zwingen, auch wenn es man gegen sein eigenes Sträuben kämpfen muß, und ihn darin auf dem Wege der Kritik zu unterstützen. Denn daß in der Reichswehr — mag der eine oder andere Sonderfall so liegen oder etwas anders und übertriebene, zum Teil auch falsche Darstellungen werden dabei gewiß auch vorkommen — manch böser Mißstand sich eingefressen hat, daß manche reaktionären Auswüchse darin wuchern, darüber sind sich gerade die, die von den Dingen etwas wissen und verstehen, am allermeisten. Und die kom- mende Tagung des Hauptauschusses der Nationalberufungs- lung und des Plenums wird es erweisen. Wenn aber Aus- wüchse vorhanden sind, dann . . . muß mit Energie durchge- griffen und das chirurgische Messer überall dort angelegt wer- den, wo es notat.“

#### Zum Münchener Geiselmorddroß

schreiben die „Konstanzer Nachrichten“:

„Das ganze grauenvolle Bild, das die Gerichtsverhand- lungen entrollen, ist eine drohende Mahnung an das deutsche Volk, zum Vernunft zurückzukehren und der Verhegung, deren Apostel immer noch das Land durchziehen, einen unübersteig- baren Damm entgegenzubauen . . . Es ist widerlich, für viele aber vielleicht doch heilsam, zu erfahren, aus welcher elendsten Gestalt sich die Leute rekrutieren, die Wochen hindurch die Hauptstadt des Bayernlandes beherrschten und terrorisierten. Esel steigt in einem auf, wenn man von den „Gelbenaten“ dieser traurigen Gefellen liest, und das Volk dauert einen, daß sich die Willkürherrschaft dieser Sippschaft gefallen lassen mußte. Aber München ist nur ein Beispiel. Gätten Berlin, Hamburg, Düsseldorf und Chemnitz nicht die schnelle, opfer- willige Hilfe der Reichswehr gehabt, so hätte auch diesen Städ- ten das Schicksal Münchens beschieden sein können und viele unschuldige deutsche Männer und Frauen hätten wohl das gleiche Schicksal wie die unglücklichen Münchener Geiseln er- litten. Die Gefahr, der München erlegen war, ist aber in unserm Vaterlande auch heute noch nicht gebannt und darum sollten alle sich vor Augen führen, wohin wir kommen könnten, wenn die Verhegung weiter geht, wenn der Samen aufgeht, der noch jeden Tag ausgestreut wird und in München so ents- fessliche Früchte gezeitigt hat. Das deutsche Volk ist immer noch vor die Entscheidung gestellt, ob es zur Ordnung, Ruhe und Arbeit wiederkehren und in hartem Wirken am Wieder- aufbau des Vaterlandes zimmern oder ob es weiter auf der abschüssigen Bahn treiben will, um dann zum Spielball eines Horde von Verbrechern zu werden, die im gegebenen Augen- blick ganz sicher die Herrschaft an sich reißen wird, aller schönen kommunistischen Beteuerungen, Versprechungen und program- matischen Forderungen zum Trotz. München ist nur ein Bei- spiel, es soll auch eine Lehre sein!“

#### „Bundesstaat oder Reichsprovint.“

Einem Artikel, den Minister Dietrich unter diesem Titel im der „Badischen Landesztg.“ veröffentlicht, entnehmen wir fol- gende Schlusssätze:

„Es hat keinen Zweck, den Bundesstaaten nachzuweinen. Das, was ihnen die Reichsverfassung genommen hat, ist fort. Ihre Souveränität, die früher ihren Ausdruck darin fand, daß die Regierungen der deutschen Bundesstaaten in ihrer Gesamtheit, d. h. im Bundesrat, die oberste Regierungsgewalt des Reiches verkörpert und so die Träger der deutschen Souveränität waren, ist dahin. Die Reichsgewalt ist künftig nicht beim Reichsrat, der an Stelle des alten Bundesrats getreten ist; sondern bei der Reichsregierung, bei den Reichsministerien. Die Bundesstaaten sind daher nicht mehr souverän. Sie sind daher nur noch autonome Verwaltungskörper im Verlage des Reiches. Daß sie kein Heer, keine Post, keine eigene Eisenbahn mehr haben, wäre zu verschmerzen gewesen, auch der Verlust der Selbstständigkeit auf dem Gebiet der Schulen und Kirchen wäre zu ertragen. Der Verlust der Steuerverwaltung wiegt schon viel schwerer und die Wegnahme des Rechts, die Höhe der direkten Steuern selbst zu bemessen, wird verdräulich wirken. Man sollte meinen, es müßte gelingen, einen Weg zu finden, auf dem wir zu selbständigen Provinzen, denn mehr sind die heutigen Bundesstaaten nicht, mit eigenem Re- ven — und dazu sind eigene Finanzen erforderlich — gelang- gen könnten. Es widerspricht der deutschen Entwicklung und dem deutschen Volkscharakter, es widerspricht aber auch dem Interesse des Reiches und des deutschen Volkes, alles in Ber- lin zu zentralisieren. Der Weg zu einer gesunden Entwick- lung des deutschen Volkes mag über eine einheitliche Geseh- gebung des Reiches gehen, er mag auch eine einheitliche Or- ganisation der jetzt vom Reiche übernommenen wirtschaftlichen Unternehmungen und Aufgaben ertragen, aber letzten Endes kann er nur zu einem guten Ziele führen, wenn die Ausfüh- rung der Reichsgesetzgebung die Verwaltung dezentralisiert, und den nunmehr kommenden Reichsbehörden, deren Gebiet vielfach mit den Grenzen der bisherigen Bundesstaaten sich decken wird, eine weitgehende Selbstständigkeit in der Ausfüh- rung der Reichsgesetze, in der Durchführung der vom Reiche getroffenen Verwaltungsverordnungen gegeben wird. Wir erwarten das namentlich in der Organisation der Eisenbahn, der Post, des Heeres, aber auch in der Verwaltung der direkten und indirekten Abgaben.“

**Reaktionäre, Zentrum und Sozialdemokratie.**  
 Unter diesem Titel läßt sich der Karlsruher „Volksheld“ folgendermaßen vernehmen:

„Die ereignisreiche „Süddeutsche Zeitung“ erzählt ihren Lesern, „zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie machen sich wachsende Versäumnisse bemerkbar“. Und woraus schöpft das Blatt diese Hoffnung? Aus unseren Bemerkungen in der Donnerstagsausgabe zu der katholischen Streitfrage des Herrn Abgeordneten und Pfarrer Schäfer in Konstanz. Das Blatt meint weiter, „das Zentrum braucht sich der Sozialdemokratie ebensowenig zu „entledigen“, wie wir uns des Zentrums zu „entledigen“ brauchen. Sind die Voraussetzungen für die heutige Koalition gefallen, können beide Parteien in voller Freiheit ihren eigenen Weg wieder gehen. Zentrum und Sozialdemokratie haben die Regierungsbildung übernommen und die parlamentarische Koalition geschlossen, um Vaterland und Volk vor den tödlichen Gefahren zu retten, die von mehreren Seiten ernstlich drohen. Und gelangt das — wir hoffen es zuberichtlich — dann ist ein großes Werk geleistet worden. Durch diese Koalition haben aber weder das Zentrum noch wir im geringsten etwas von unserer Selbstständigkeit eingebüßt. Sozialdemokratie und Zentrum würden sich auch zu allererst dazu eignen, von ihren Zielen, ihrem Wesen und ihrer Eigenart einer Koalition wegen etwas aufzugeben. Und zu keiner Stunde während der Dauer der Koalition hat eine der Parteien darauf verzichtet oder darauf verzichten brauchen, der andern gegenüber die eigene Meinung zum Ausdruck zu bringen. Daß die heutige Koalition nicht von ewiger Dauer sein wird und sein kann, ist selbstverständlich, aber noch ist die ungeheure schwere Aufgabe nicht voll geleistet, die zur Koalition geführt hat. Bis dahin werden sich vermutlich die konservativ-nationalliberalen Helfershelfer aller Feinde der Wiedergeburt des deutschen Volkes mit ihren heillosen Hoffnungen trösten müssen. Die nächste Zeit wird die schwerste Stunde bringen, denen erfolgreich Widerstand zu leisten, die volle Kraft der Regierungsparteien nötig ist. Würden sie sich vorher trennen, wäre u. U. das Chaos die unausbleibliche

folge. Das Zentrum ist nicht uns, und wir sind nicht dem Zentrum zuliebe in der Koalition, sondern allein zu dem Zweck, dem eigenen Lande und Volke in schwerster Zeit einen guten Dienst zu leisten. Und bisher haben die beiden Parteien die immer wieder heranrückenden Schwierigkeiten überwunden. Wenn endlich die „Südd. Ztg.“ glaubt, das Zentrum in Baden solle allein regieren im Mutterlande, so müßte das Zentrum so veranlagt sein wie unsere konservativ-nationalliberalen Herrschaften vom Schlage der „Südd. Ztg.“. Ohne die Sozialdemokratie würde ein solches Spiel von sehr kurzer Dauer sein. Erfahrungsgemäß hat aber das Zentrum zu solchen kurzen Spielen keinerlei Neigung. Aber das Zentrum ist auch nicht so kurzfristig, wie die reaktionären Herrschaften jetzt wünschen, daß es sein möchte. Im übrigen würde die Sozialdemokratie auch einer plötzlich veränderten Situation gegenüber ihren Mann stellen und zeigen, daß sie sich durchzusetzen vermag. Lassen wir also die süddeutschen und norddeutschen Reaktionäre in ihren profitlüsternen Hoffnungen.“

**Aus der Landeshauptstadt.**

**Abgeordnetentag des Alb- und Pfingstaumilitärvereins.**

Sonntag nachmittag fand im Saale des goldenen Adlers in Karlsruhe unter dem Vorsitz des II. Gauvorsitzenden, Reich-Rat Steiner, ein Abgeordnetentag statt. Nach Begrüßung der Erschienenen, unter welchen der Präsident des Badischen Kriegerverbands, Generalmajor a. D. Anheuser, sowie der I. Kreispräsident Generalmajor a. D. Frhr. Ritter von Diersburg sich befanden, gedachte der Vorsitzende derer, die gegen eine Welt von Feinden gekämpft haben, und denen heute ein Dankesgruß gebühre. Zum Ehrenmitglied der Gesellschaften erhoben sich die Anwesenden von ihren Sitzen. Ferner gedachte der Vorsitzende des zurückgetretenen früheren I. Gauvorsitzenden Oberst Reusch, welcher zum Ehrenvorsitzenden ernannt wurde. Mit einem dreifachen Hoch auf das deutsche Vaterland schloß

der Vorsitzende seine Ansprache. Die Anwesenheitsliste ergab, daß von dem dem Gau angehörenden 40 Vereinen 30 Vereine vertreten sind. Den Geschäftsbericht erstattete der Gauvorsitzführer Reusch. Den Kassenbericht erstattete der Kassier Hermann. Die Einnahmen betrugen 151.45 M., dem eine Ausgabe von 181.14 M. und ein Vortrag von 151 M. gegenüber steht. Dem Schriftführer und Kassier wurde der Dank zum Ausdruck gebracht. Ehren gedachte der Präsident des Hinscheidens des Vereins Etilingen übertrug. Die Gausteuer wird auf 5 Pf. belassen. Der weitere Punkt betraf die Neuwahl der Gauleitung und hatte die Wahl folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Steiner, 2. Vorsitzender Baumann, Etilingen, 3. Vorsitzender Gorenflo, Friedrichstal; Gauvorsitzführer Reusch, Gaukassier Hartmann; Gauauswärtige: Kiefer-Brudhousen; Bisping-Schallbrann; Durban-Etilingen; für die Hardtbereine Pfaltheimer-Blantenloch; ferner Reber, 11er Verein; Martini, Artilleriebund; Fischer, württ. Kavalleristenverein; Linz, Bad. Leibdragonerverein; Kemm, Militärverein; Marlin, 11er Verein. Unter Wünsche und Anträge wurde angefragt, auch den Veteranen von 1870, die nicht auf Rosen gebettet sind, ebenfalls eine Unterstützung zuteil werden zu lassen. Bei Punkt „Mitteilungen“ wurden verschiedene neu angeregte Unterstützungsunternehmungen zur Kenntnis gebracht. Auch der Beitritt zum Reserveinfanterieregiment wurde in empfehlendem Sinn besprochen. 1. Vizepräsident Ritter von Diersburg machte Mitteilungen über den heutigen Stand der Militärvereinsangelegenheiten, die zu den besten Hoffnungen berechtigt. Verschiedene Vereinsausführungen sind wieder rüchrig gemacht worden. Die zu gründende Bundesfeierkommission wird demnächst in die Wege geleitet werden. Auch dem Sammelwesen sollte wieder erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Mit einem dreifachen Hoch auf unser geliebtes Heimatland wurde dann der Abgeordnetentag geschlossen.

Auf den heute Abend im Eintrachtsaal stattfindenden Bierabend des Kammerjägers Alfred Stephan sei hiermit nochmals aufmerksam gemacht.

**Städtisches Konzerthaus**

Mittwoch, den 24. September 1919

**Die fünf Frankfurter**

Anfang 7 Uhr

Kleine Preise

**Rieger & Matthes Nachfolger**

Inh.: Alb. Riegel & Rich. Becker

**Tapeten - Spezial - Geschäft**

Karlsruhe i. B., Kallertstraße 106  
 Baden-Baden, Ludwigs-Platz

Wir empfehlen:

Tapeten von der billigsten Preislage an  
 Kiltapeten für Salon, Wohn-, Herren- und Speisezimmer, Original-Künstler-Tapeten und Wand-Spanntoffe.

**Für Arbeitgeber u. Arbeitnehmer!**

Sobald erschienen:

**Freimachung von Arbeitsstellen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung**

Verordnung des Demobilisierungsausschusses Karlsruhe vom 8. September 1919 für die Amtsbezirke Alchern, Bühl, Baden, Raftatt, Etilingen, Karlsruhe, Durlach, Bruchsal u. Bretten

Antlicher Text, nach Stichworten geordnet.

Preis 35 Pfg.

Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei, Karlsruhe in Baden.

**Abgabe v. Herbstapfeläpfeln.**

Am Dienstag, den 23. September beginnend findet am alten Bahnhof Karlsruhe eine Abgabe von Herbstapfeläpfeln in Mengen von 50 und 100 Pfund zum Preise von 30 Pfennig das Pfund statt. Körbe sind mitzubringen. Abgabezeit von 8—12 und von 1—5 Uhr.

Bad. Obstwertungs-Gesellschaft, Karlsruhe

**Bekanntmachung.**

Die Firma Richard Speer, Asphalt- und Betonbaugesellschaft mit beschränkter Haftung in Mannheim ist durch Beschluß der Gesellschafter am 5. August 1919 aufgelöst worden. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei derselben zu melden. Mannheim, 20. September 1919.

**Richard Speer Asphalt- und Betonbaugesellschaft**  
 Gesellschaft mit beschränkter Haftung.  
 Der Liquidator: Genuit.

**Holzverföhlungs - Industrie Akt.-Ges., Konstanz.**

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. März 1919.

Soll.		Haben	
An			
Gesamt-Umsatzen	2 538 039.27		
Grundstücks- u. Gebäude-Konto		16 055.—	
Abrechnung			1 647 631.19
Maschinen- u. Apparate-Konto		120 472.97	136 527.97
Abrechnung			4 122 198.43
Gewinn-Saldo			569 823.84
			3 552 374.59
			4 122 198.43
Haben.			
Per			
Gewinn-Vortrag aus 1917/18		569 823.84	
Gesamt-Gewinn		3 552 374.59	
		4 122 198.43	

Bilanz per 31. März 1919.

Aktiva.		Passiva.	
An			
Kassa, Bankguthaben und Wechselbestand	1 261 006.87	Per	
Debitoren:		Kapital-Konto	18 000 000.—
Tochtergesellschaften	12 058 317.64	Reservefonds-Konto	7 987 305.80
Verschiedene	4 470 733.29	Nicht erhobene Dividende	65 520.—
Hypothekensforderung	500 001.—	Kreditlehen:	
Vorrats-Konto	3 664 093.57	Verschiedene	11 438 634.31
Effekten-Konto:		Hypothekenschulden	114 900.—
Freie Effekten und	10 797 062.43	Abrechnungen	136 527.97
Kautions-Effekten	1 918 492.75	Beamten-Pensions-Reserve-Konto	550 000.—
Wert Riefing	683 200.—	Kval-Konto	362 680.—
Patent-Konto	1.—	Saldo	1 447 631.19
Versicherung-Vorauszahlungs-Konto	39 900.19		39 740 519.27
Grundstücks- und Gebäude-Konto	3 036 565.71		
Maschinen- und Apparate-Konto	1 311 144.82		
Kval-Konto	362 680.—		
	39 740 519.27		

Die Dividende im Betrag von A 50.— per Aktie ist vom 20. September d. J. ab zahlbar an der Kasse unserer Gesellschaft in Konstanz, bei der Bank für Handel und Industrie in Berlin und Darmstadt und deren sämtlichen Niederlassungen, bei der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien, bei der Ungarischen Allgemeinen Creditbank in Budapest. Konstanz, den 19. September 1919.

**Der Vorstand:**

Heinrich von Hochstetter, Fritz Schneider, Julius Frölich.

**Holzverföhlungs - Industrie Akt.-Ges., Konstanz.**

Die nach § 13 der Statuten aus dem Ausschickstat ausgeschiedenen Mitglieder, die Herren

Dr. Josef Kranz,  
 Dr. Paul Hammerjäger,  
 Dr. Georg Du Bois,

wurden in der Generalversammlung vom 19. September 1919 in Konstanz einstimmig wiedergewählt, ferner wurde neu gewählt Herr

Kommerzienrat Josef Schäfer, Generaldirektor der Pfälzischen Bank in Ludwigshafen a. Rhein.

Die Generalversammlung beschloß die Abänderung der Statuten, Abschnitt VII, § 24 Abs. 1 dahin, daß alle von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen:

1. im Deutschen Reichsanzeiger,
2. in der Frankfurter Zeitung,
3. in der Wiener Zeitung.

Der Vorstand:

Heinrich v. Hochstetter, Fritz Schneider, Julius Frölich.

**Schmuckfaden**

aller Art und Pfandscheine

werden stets angekauft in Weintraub

An- und Verkaufsgeschäft Kronenstr. 52. Tel. 3747

Jede Menge la Portlandcement,

besgl. Ronierundeisen in Angabe der Rängen und Festigkeiten sofort zu kaufen gesucht.

Paul Schmidt Sohn, Worms a. Rhein.

**Vermisst.**

Mein Sohn Karl Wöhrle, Musikant der 2. Kompagnie Infanterie-Regiment 113, wird seit 7. Juli 1917 vermisst. Er kämpfte zuletzt in den Argonnen. G.939.32.

Über den Verbleib des Vermissten irgend welche Auskunft geben kann, gedenke der besorgten Mutter Johann Wöhrle Witwe, Mannheim, F 5. 8, Nachricht.

Cost. Auslagen werden vergütet.

**Bürgerliche Rechtspflege.**

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

O.159.2.1 Freiburg. Die Ehefrau des Schlossermeisters Wilhelm Fehr, Josefa geb. Rodwicz in Berlin klagt gegen ihren Ehemann Wilhelm Fehr, zurzeit an unbekanntem Ort abwesend, wegen Ehebruchs auf Scheidung mit dem Antrag, die am 10. August 1918 geschlossene Ehe der Streittheile

wird aus Verhältnissen des Beklagten für geschieden erklärt und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits zu dem auf Freitag den 9. November 1919, vorm. 9 Uhr, vor der Zivilkammer I des Badischen Landgerichts Freiburg bestimmten Termin mit der Aufforderung, einen bei

**Holzverföhlungs - Industrie Akt.-Ges., Konstanz.**

dem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt zu seiner Vertretung zu bestellen.

Freiburg, 17. Sept. 1919. Gerichtsschreiber des Bad. Landgerichts.

O.124.2.1 Emmendingen. Der Tagelöhner Wilhelm Jenne in Mündingen hat beantragt, die verschollene Katharina Jenne, geboren am 12. Jan. 1875 in Mündingen, zuletzt wohnhaft in Mündingen, für tot zu erklären. Die bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Donnerstag, den 20. Mai 1920, vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen. Emmendingen, den 12. September 1919. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

O.181.2.1 Lahr. Der Schlosser Heinrich Darstein in Haardt (Pfalz) hat beantragt, seinen Vater, den am 12. Septbr. 1861 dafelbst geborenen, seit 1895 verschollenen Heinrich Darstein, Lokomotivführer, zuletzt wohnhaft in Ottenheim, für tot zu erklären. Die bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Dienstag, 6. April 1920, vormittags 9 Uhr, vor dem Bad. Amtsgerichte zu Lahr anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu

erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gerichte Anzeige zu machen. Lahr, 11. Sept. 1919. Bad. Amtsgericht.

**Bericht, Bekanntmachungen**

Bei diesseitigem Amt ist auf 1. Oktober 1919 eine Stelle für Militärarzt mit vorerit probeweisiger Beschäftigung zu besetzen, wegen in hiesiger Stadt herrschender Wohnungsnot können wir eine Besetzung nur bei geeigneten Personen empfehlen. Mögliche Vergütung mit Steuerzulagen. Bewerbungen sind uns umgeben unter Anschlag von Lebenslauf u. Zeugnisse einzureichen. O.126 Neustadt, i. Schw., den 15. September 1919. Bad. Bezirksamt. Rothmann.

**Bekanntmachung.**

Die Firma Einlauf Südwestdeutscher Städte, G. m. b. H. in Mannheim ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei ihr zu melden. O.145.3.2.1 Mannheim, 19. Sept. 1919. Der Liquidator des Einlauf Südwestdeutscher Städte G. m. b. H. Schmitt.

**Bekanntmachung.**

Die Firma Hardter Bote, Buchdruckerei G. m. b. H. in Karlsruhe ist aufgelöst. Als Liquidator fordere ich die Gläubiger der Gesellschaft auf, sich zu melden. Karlsruhe, 5. Sept. 1919. Adolf Doms.

**Bekanntmachung.**

Die Firma H. Hildebrand & Söhne Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim, wurde durch Beschluß der Generalversammlung vom 28. Juni 1918 aufgelöst und der Unterzeichnete zum Liquidator bestellt. Ich fordere die Gläubiger der Gesellschaft auf, sich bei derselben zu melden. O.180.3.2.1 Weinheim, 20. Sept. 1919. G. Hildebrand, Kommerzienrat.

**Bekanntmachung.**

Vergebung von Bauarbeiten. Zur Herstellung einer Haltestelle bei Liffingen zu vergeben: 1. Erdbehebung 2200 cbm. O.133.2.1 2. Straßenfahrbahnherrichtung 950 qm. Pläne und Bedingungen liegen in unserem Geschäftszimmer Nr. 27 auf, woselbst Angebotsordrude abgegeben werden. Mein Verband nach auswärts. Angebote sind spätestens vom 10. Sept. 1919, vorm. 10 Uhr, verschlossen, kostenfrei und mit der Aufschrift: „Haltestelle Liffingen“ versehen, einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. Lando, 17. Sept. 1919. Bahnbauinspektion.

**Bekanntmachung.**

Die Dividende im Betrag von A 50.— per Aktie ist vom 20. September d. J. ab zahlbar an der Kasse unserer Gesellschaft in Konstanz, bei der Bank für Handel und Industrie in Berlin und Darmstadt und deren sämtlichen Niederlassungen, bei der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien, bei der Ungarischen Allgemeinen Creditbank in Budapest. Konstanz, den 19. September 1919.

**Der Vorstand:**

Heinrich von Hochstetter, Fritz Schneider, Julius Frölich.

**Bekanntmachung.**

Die Dividende im Betrag von A 50.— per Aktie ist vom 20. September d. J. ab zahlbar an der Kasse unserer Gesellschaft in Konstanz, bei der Bank für Handel und Industrie in Berlin und Darmstadt und deren sämtlichen Niederlassungen, bei der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien, bei der Ungarischen Allgemeinen Creditbank in Budapest. Konstanz, den 19. September 1919.

**Der Vorstand:**

Heinrich von Hochstetter, Fritz Schneider, Julius Frölich.

**Bekanntmachung.**

Die Dividende im Betrag von A 50.— per Aktie ist vom 20. September d. J. ab zahlbar an der Kasse unserer Gesellschaft in Konstanz, bei der Bank für Handel und Industrie in Berlin und Darmstadt und deren sämtlichen Niederlassungen, bei der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien, bei der Ungarischen Allgemeinen Creditbank in Budapest. Konstanz, den 19. September 1919.

**Der Vorstand:**

Heinrich von Hochstetter, Fritz Schneider, Julius Frölich.

**Bekanntmachung.**

Die Dividende im Betrag von A 50.— per Aktie ist vom 20. September d. J. ab zahlbar an der Kasse unserer Gesellschaft in Konstanz, bei der Bank für Handel und Industrie in Berlin und Darmstadt und deren sämtlichen Niederlassungen, bei der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien, bei der Ungarischen Allgemeinen Creditbank in Budapest. Konstanz, den 19. September 1919.

**Der Vorstand:**

Heinrich von Hochstetter, Fritz Schneider, Julius Frölich.

**Bekanntmachung.**

Die Dividende im Betrag von A 50.— per Aktie ist vom 20. September d. J. ab zahlbar an der Kasse unserer Gesellschaft in Konstanz, bei der Bank für Handel und Industrie in Berlin und Darmstadt und deren sämtlichen Niederlassungen, bei der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien, bei der Ungarischen Allgemeinen Creditbank in Budapest. Konstanz, den 19. September 1919.

**Der Vorstand:**

Heinrich von Hochstetter, Fritz Schneider, Julius Frölich.

**Bekanntmachung.**

Die Dividende im Betrag von A 50.— per Aktie ist vom 20. September d. J. ab zahlbar an der Kasse unserer Gesellschaft in Konstanz, bei der Bank für Handel und Industrie in Berlin und Darmstadt und deren sämtlichen Niederlassungen, bei der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien, bei der Ungarischen Allgemeinen Creditbank in Budapest. Konstanz, den 19. September 1919.

**Der Vorstand:**

Heinrich von Hochstetter, Fritz Schneider, Julius Frölich.

**Bekanntmachung.**

Die Dividende im Betrag von A 50.— per Aktie ist vom 20. September d. J. ab zahlbar an der Kasse unserer Gesellschaft in Konstanz, bei der Bank für Handel und Industrie in Berlin und Darmstadt und deren sämtlichen Niederlassungen, bei der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien, bei der Ungarischen Allgemeinen Creditbank in Budapest. Konstanz, den 19. September 1919.

**Der Vorstand:**

Heinrich von Hochstetter, Fritz Schneider, Julius Frölich.

**Bekanntmachung.**

Die Dividende im Betrag von A 50.— per Aktie ist vom 20. September d. J. ab zahlbar an der Kasse unserer Gesellschaft in Konstanz, bei der Bank für Handel und Industrie in Berlin und Darmstadt und deren sämtlichen Niederlassungen, bei der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien, bei der Ungarischen Allgemeinen Creditbank in Budapest. Konstanz, den 19. September 1919.

**Der Vorstand:**

Heinrich von Hochstetter, Fritz Schneider, Julius Frölich.

**Bekanntmachung.**

Die Dividende im Betrag von A 50.— per Aktie ist vom 20. September d. J. ab zahlbar an der Kasse unserer Gesellschaft in Konstanz, bei der Bank für Handel und Industrie in Berlin und Darmstadt und deren sämtlichen Niederlassungen, bei der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien, bei der Ungarischen Allgemeinen Creditbank in Budapest. Konstanz, den 19. September 1919.

**Der Vorstand:**

Heinrich von Hochstetter, Fritz Schneider, Julius Frölich.

**Bekanntmachung.**

Die Dividende im Betrag von A 50.— per Aktie ist vom 20. September d. J. ab zahlbar an der Kasse unserer Gesellschaft in Konstanz, bei der Bank für Handel und Industrie in Berlin und Darmstadt und deren sämtlichen Niederlassungen, bei der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien, bei der Ungarischen Allgemeinen Creditbank in Budapest. Konstanz, den 19. September 1919.

**Der Vorstand:**

Heinrich von Hochstetter, Fritz Schneider, Julius Frölich.

**Bekanntmachung.**

Die Dividende im Betrag von A 50.— per Aktie ist vom 20. September d. J. ab zahlbar an der Kasse unserer Gesellschaft in Konstanz, bei der Bank für Handel und Industrie in Berlin und Darmstadt und deren sämtlichen Niederlassungen, bei der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien, bei der Ungarischen Allgemeinen Creditbank in Budapest. Konstanz, den 19. September 1919.

**Der Vorstand:**

Heinrich von Hochstetter, Fritz Schneider, Julius Frölich.

**Bekanntmachung.**

Die Dividende im Betrag von A 50.— per Aktie ist vom 20. September d. J. ab zahlbar an der Kasse unserer Gesellschaft in Konstanz, bei der Bank für Handel und Industrie in Berlin und Darmstadt und deren sämtlichen Niederlassungen, bei der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien, bei der Ungarischen Allgemeinen Creditbank in Budapest. Konstanz, den 19. September 1919.

**Der Vorstand:**

Heinrich von Hochstetter, Fritz Schneider, Julius Frölich.

**Bekanntmachung.**

Die Dividende im Betrag von A 50.— per Aktie ist vom 20. September d. J. ab zahlbar an der Kasse unserer Gesellschaft in Konstanz, bei der Bank für Handel und Industrie in Berlin und Darmstadt und deren sämtlichen Niederlassungen, bei der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien, bei der Ungarischen Allgemeinen Creditbank in Budapest. Konstanz, den 19. September 1919.

**Der Vorstand:**

Heinrich von Hochstetter, Fritz Schneider, Julius Frölich.

**Bekanntmachung.**

Die Dividende im Betrag von A 50.— per Aktie ist vom 20. September d. J. ab zahlbar an der Kasse unserer Gesellschaft in Konstanz, bei der Bank für Handel und Industrie in Berlin und Darmstadt und deren sämtlichen Niederlassungen, bei der Österreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe in Wien, bei der Ungarischen Allgemeinen Creditbank in Budapest. Konstanz, den 19. September 1919.

**Der Vorstand:**

Heinrich von Hochstetter, Fritz Schneider, Julius Frölich.

**Bekanntmachung.**

Die Dividende im Betrag von A 50.— per Aktie ist vom 20. September d. J. ab zahlbar an der Kasse unserer Gesellschaft